

# Klima-Zuschuss

## Streit über Fördermodelle für Stromsparer

Von Vera Gaserow

Der neue Kühlschrank mit einem Zuschuss von Vater Staat? Die stromsparende Waschmaschine mit einem Gutschein vom Energieversorger? Der energieeffiziente Geschirrspüler nur mit halber Mehrwertsteuer belastet? Noch ist das Zukunftsmusik. Doch in der Politik wird derzeit auf unterschiedlichen Baustellen an einem Förderprogramm für die Anschaffung von stromsparenden Haushaltsgeräten gebastelt. Mit welchen Instrumenten der Staat am effektivsten und klügsten dafür sorgen kann, dass klimafreundlichen Geräte der Durchbruch gelingt und ein Kühlschrank mit der sparsamen Effizienzklasse A++ auch für Geringverdiener erschwinglich wird, ist umstritten.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) schlägt dazu in einem am Wochenende bekannt gewordenen Strategiepapier eine „ökologische Spreizung“ der Mehrwertsteuer vor. Im Klartext: um Kaufanreize für ökologische Konsumprodukte zu schaffen, könnte die Mehrwertsteuer für diese Waren von derzeit 19 auf sieben Prozent gesenkt werden, schreibt der Minister. Einen solchen Rabatt bei der Mehrwertsteuer für klimafreundliche Autos oder Kühlschränke fordern die Regierungschefs von Frankreich und England auf europäischer Ebene seit langem. Bisher stießen sie damit jedoch in Berlin auf Ablehnung. Auch jetzt warnen Steuerexperten und Praktiker, ein solcher

Vorschlag würde zu einer weiteren Zersplitterung der Mehrwertsteuer führen. Außerdem sei ein solches Steuermodell für den Handel nur schwer praktikabel.

Als „Schwachsinn“ bezeichnet gar der Bundesverband der Energieverbraucher die Kaufanreizidee über die Mehrwertsteuersenkung. Auch in seiner eigenen SPD-Fraktion stößt Gabriel auf Skepsis. Das gilt auch für die Idee eines staatlichen Zuschusses beim Kauf eines klimafreundlichen Elektrogeräts, die Wirtschaftsminister Michael Glos jetzt prüfen lässt. Dafür müsse der Staat sehr viel Geld in die Hand nehmen, warnt SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber. Außerdem fördere das Konzept Mitnahmeeffekte: Gutverdiener, die sich ohnehin einen neuen Gefrierschrank zulegen wollten, steckten dann einfach den Bonus vom Staat ein. Und die Elektrobranche könnte in Versuchung geraten, den Staats-Zuschuss einfach auf die Preise aufzuschlagen.

Ein Bündnis der großen deutschen Umweltverbände befürwortet dagegen einen solchen Zuschusses. Mit einem befristeten Marktanzreizprogramm solle der Staat die Anschaffung von energieeffizienten Kühlgeräten unterstützen, forderten die Verbände. Beim Kauf eines Gefrierschranks der Effizienzklasse A++, der derzeit rund 180 Euro teurer ist als die gängigen Stromfresser, sollte der Staat den Kunden mit rund 150 Euro unter die Arme greifen. Ähnlich wie es derzeit Italien mit ei-

nem großen Förderprogramm macht. Dort zahlen Käufer stromsparender Geräte 150 Euro weniger Einkommensteuer.

Ein Zuschussmodell würde sich auch in Deutschland rechnen, meint der Zentralverband der Elektroindustrie (ZVEI). Ein auf zwei Jahre angelegtes Förderprogramm, das den Kauf eines hocheffizienten Kühlgerätes mit 150 Euro belohnt, würde den Staat rund 127 Millionen Euro kosten, hat der ZVEI vom Freiburger Ökoinstitut ausrechnen lassen. Der gesellschaftliche Nutzen durch Klimaschutz und Investitionen liege dagegen bei 628 Millionen Euro.

Auch Umweltminister Gabriel will sich der Idee eines Zuschusses für sparsame Elektro-Geräte nicht gänzlich verschließen. In seinem Papier zur Öko-Steuer schlägt er aber ein anderes Modell vor: Die Hersteller klimafreundlicher Elektro-Geräte sollten ihren Kunden beim Kauf eine Stromrechnungsgutschrift beilegen, die sie dann bei ihrem Energieversorger einlösen können.

Die Energieexperten der SPD diskutieren noch ein anderes Modell, das die Stadt Bonn testen will: Einkommenschwache Familien sollen für den Kauf eines Stromsparkühlschranks einen zinslosen Mikrokredit bekommen, den sie bei ihrem Stromlieferanten abstopptern können, indem sie vorerst weiter ihre alte Stromrechnung zahlen, obwohl ihr Verbrauch durch das neue Gerät sinkt.